

# SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf

Herrn  
Bürgermeister Dr. Storch

GEMEINDE EITORF				
Eingang				
05.01.06		18-19		
10	/			/

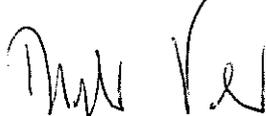
Rathaus  
53783 Eitorf

5.1.06

Sehr geehrter Herr Dr. Storch,

in der Anlage sende ich Ihnen einen Antrag zur nächsten Sitzung des Rates der Gemeinde Eitorf. Ich darf Sie bitten die Resolution als TOP in die TO aufzunehmen.

Mit freundlichem Gruß



Dietmar Tandler  
Vorsitzender

## **Die SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf beantragt für die Sitzung des Rates die Verabschiedung einer Resolution zu den geplanten Kürzungen der Landesregierung.**

Resolution zu den geplanten finanziellen Kürzungen der Landesregierung:

Die CDU/FDP-Landesregierung hat bei der Vorlage des Entwurfs des Landeshaushalts 2006 Einsparungen von insgesamt fast 1,3 Milliarden Euro angekündigt. Trotz dieser Einsparungen wird der Haushalt des Landes mit einer Neuverschuldung von 5,88 Milliarden Euro die höchste Verschuldung in der Geschichte Nordrhein-Westfalen beinhalten.

Durch die angekündigten Kürzungen werden die landesrechtlichen Leistungen um bis zu 20 Prozent reduziert. Zusätzlich sollen bei den landesfinanzierten Förderprogrammen insgesamt 165 Millionen Euro in allen Förderbereichen eingespart werden.

Die angekündigten Kürzungen bedeuten damit tiefe finanzielle Einschnitte insbesondere für die Landesbediensteten, aber auch für die Kommunen und freien Träger.

Folgende Kürzungen sind nach dem momentanen Stand bekannt:

- Kürzungen beim Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder bei den Betriebskostenzuschüssen für Kindergärten um 116 Millionen Euro,
- Kürzungen im Landesjugendplan um 21 Millionen Euro,
- Kürzungen beim Elternbeitragsdefizitverfahren. Danach sollen die Kommunen demnächst die Differenz zwischen Elternbeiträgen und den tatsächlich eingetribenen Beträgen alleine tragen.
- Kürzungen bei der Familien- und Altenhilfe um 6,8 Millionen Euro,
- Kürzungen im Bereich der Frauenförderung um 4 Millionen Euro,
- Kürzungen beim Weiterbildungsgesetz um 24 Millionen Euro,
- Kürzungen beim Flüchtlingsaufnahmegesetz um 36 Millionen Euro,
- Kürzungen bei den Zuschüssen für Krankenhäuser um 24 Millionen Euro,
- Kürzungen im Wohnungsbau um 33 Millionen Euro,
- Kürzungen im Naturschutz um 9,3 Millionen Euro.

Die geplanten Kürzungen sind nicht nur sozialpolitisch ungerecht und unverantwortlich. Sie stellen darüber hinaus Kommunen und Träger vor große zusätzliche finanzielle und organisatorische Probleme, deren genaues Ausmaß zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist. Durch die angekündigte kurzfristige Umsetzung der Kürzungen greift das Land massiv in die Arbeit der Betroffenen ein, ohne dass eine adäquate und angemessene Reaktion möglich ist. Insbesondere die Arbeit der Freien Träger wird dadurch massiv beeinträchtigt. Gerade bei bestehenden Personalverträgen mit entsprechenden Kündigungsfristen ist eine kurzfristige Kürzung der Zuschüsse nicht auszugleichen. Die Städte sind durch die Kürzungen gleich doppelt betroffen. Einerseits müssen die Einsparungen der Landesregierung aufgefangen werden, andererseits kommen durch die Beeinträchtigung der Arbeit der freien Träger eventuell neue Aufgaben auf sie zu.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen in den genannten Bereichen nicht umzusetzen.